

# Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener im Übergang und die Gestaltung entsprechender Übergangsstrukturen<sup>1</sup>

von Dr. Andreas Oehme, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik / Universität Hildesheim

Junge Menschen haben zunehmend Aufgaben zu bewältigen, die weniger die für das Jugendalter typischen Themen wie Pubertät, Ablösung vom Elternhaus usw. als vielmehr den Übergang in Arbeit betreffen. Das Thema Ausbildung und Arbeit bestimmt inzwischen eine lange Zeitspanne im Leben von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ist oft auch dann nicht abgeschlossen. Man könnte daher von einer „Lebenslage Übergang“ (Wolfgang Schröer) sprechen, die die „Lebenslage Jugend“ beherrscht bzw. abgelöst hat.

Die andere Seite dieser Lebenslage Übergang sind die zahlreichen Projekte, Maßnahmen oder Beratungsangebote usw., die junge Menschen im Übergang in Arbeit unterstützen sollen (oft natürlich auch kontrollieren und unter Druck setzen, wenn man einmal das gesamte Spektrum an Maßnahmen in Betracht zieht). Dieser Bereich an professionellen Hilfen entstand weitgehend aufgrund der bildungs- und beschäftigungspolitischen Interventionen und Programme, die auf die zunehmenden Schwierigkeiten im Übergang reagierten. Man spricht hier inzwischen gerne von einem „Übergangssystem“, wobei dahinter kaum ein System zu erkennen ist. Deshalb ist eine neuere Entwicklung in Gang gekommen, die versucht, Überblick herzustellen und Strukturen zu schaffen, Angebote und Projekte auf den regionalen Bedarf abzustimmen: das (regionale oder lokale) Übergangsmanagement.

Ein solches Übergangsmanagement eröffnet durchaus Chancen auf die Ausgestaltung einer Infrastruktur, um Übergänge besser und sinnvoller unterstützen zu können. Die Frage besteht dann vor allem darin, nach welchen Gesichtspunkten eine solche Infrastruktur gestaltet werden sollte. Oft standen und stehen dabei institutionelle Kriterien im Vordergrund – die Schnittstellen sollen besser und „effektiver“ organisiert werden, Übergänge sollen „reibungslöser“ und ohne „Umwege“ vonstatten gehen, Doppelstrukturen abgebaut und natürlich Geld eingespart werden. Allerdings geht es bei allem um die Übergänge der jungen Menschen, und diese lassen sich nicht einfach institutionell organisieren oder „managen“, weil sie immer (auch) einer eigenen Logik unterworfen sind. Diese Logik gilt es bei der Ausgestaltung von Projekten bzw. einer ganzen Infrastruktur zu allererst zu berücksichtigen – deshalb ist das Verständnis der „Lebenslage Übergang“ auch in diesem Zusammenhang so grundlegend.

## 1. Zum Lebenslagenkonzept

Vorab einige knappe Sätze zum Lebenslagenkonzept. Der Begriff der Lebenslage beschreibt im Wesentlichen die Spielräume, die Menschen zur Verwirklichung von Lebensmöglichkeiten zur Verfügung haben. Diese Spielräume sind zumindest durch drei Komponenten bedingt, von denen auch in der Sozialberichterstattung meist die eine oder andere weggelassen wird. Alle drei sind aber wichtig für das Verständnis der Lebenslage insgesamt:

**Äußere Umstände (materielle Spielräume):** Einer der älteren und grundlegenden Theoretiker diesbezüglich (G. Weisser) meinte, dass die Lebenslage den Spielraum beschreibt, den die äußeren Umstände dem Menschen für die Erfüllung der Grundanliegen bieten, die ihn bei der Gestaltung seines Lebens leiten. Damit sind zunächst die „harten“ Umstände angesprochen, die es ermöglichen oder verhindern, den Bedürfnissen, die ein Mensch subjektiv als **seine** Bedürfnisse hat, nachzugehen. Dabei spielt z.B. das Einkommen eine große Rolle, aber auch Zugänge zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnungssituation.

---

<sup>1</sup> Ausarbeitung des Vortrags, gehalten beim Werkstattgespräch am 18.2.2008 in Dortmund

**Subjektive Handlungsspielräume und Formen der Lebensführung bzw. Lebensbewältigung:** Die zweite Komponente schließt hieran an und umfasst die Formen der Lebensführung, die Strategien der Lebensbewältigung und die damit verbundenen Einstellungen und Befindlichkeiten der Menschen (so besonders der 11. Kinder- und Jugendbericht 2002). Denn nicht nur die äußeren (materiellen) Umstände bestimmen die Möglichkeiten, sich zu entfalten und Bedürfnisse zu befriedigen, sondern auch die Normen, die Werte, die Betrachtungs- und Handlungsweisen, die bspw. in einem sozialen Umfeld oder auch in einer sozialen Schicht etabliert sind. Hier spielen die persönliche Kontakte und Beziehungen (auch im Sinne des „Sozialen Kapitals“) eine große Rolle, und im weiteren Sinne geht es auch um die Möglichkeiten zu lernen und Erfahrungen zu machen, etwa in der Familie, im sozialen Umfeld, in Vereinen usw. All diese sozialen Bezüge strukturieren die Handlungsspielräume von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen ganz wesentlich mit. Wer in einem sozialen Umfeld aufwächst, das mehrheitlich von ALG II lebt und das Vertrauen in Bildung und Arbeitsleistung verloren hat, wer dazu möglicherweise in einem anregungsarmen Wohnviertel wohnt, der hat nicht gerade einen direkten Zugang zu einer bildungsbürgerlichen Karriere – nicht allein aufgrund der materiellen Probleme, sondern weil diese möglicherweise im Umfeld nicht als „normale“ Option angesehen wird.

**Anerkennung und Akzeptanz:** Drittens geht es schließlich immer auch um die gesellschaftliche Anerkennung der Art und Weise, zu handeln und den Alltag zu bewältigen. Gesellschaftliche Anerkennung wird Menschen insbesondere von sozialstaatlicher Seite aus zuteil (oder auch nicht), d.h. durch Behörden, Verwaltung, sozialpolitische Maßnahmen, Politik im Allgemeinen; sie könnte aber auch etwa aus Wirtschaft oder Bildungsinstitutionen kommen. Diese Komponente wird sehr oft nicht einbezogen, wenn von Lebenslagen junger Menschen die Rede ist, aber sie ist mindestens genauso wichtig wie die beiden anderen. Denn die Frage der Anerkennung beinhaltet eine Bewertung meiner Lebensführung, meiner Strategien, durch den Alltag zu kommen, meiner sozialen Bezüge. Sie entscheidet z.B. über Stigmatisierungen (als arbeitslos, Hartz-VI-Empfänger, bildungsfern, wohnt im sozialen Brennpunkt), sie entscheidet, auf welche Art und unter welchen Bedingungen staatliche Transferleistungen an wen ausgezahlt werden, sie entscheidet über Sanktionen beim Leistungsbezug usw.

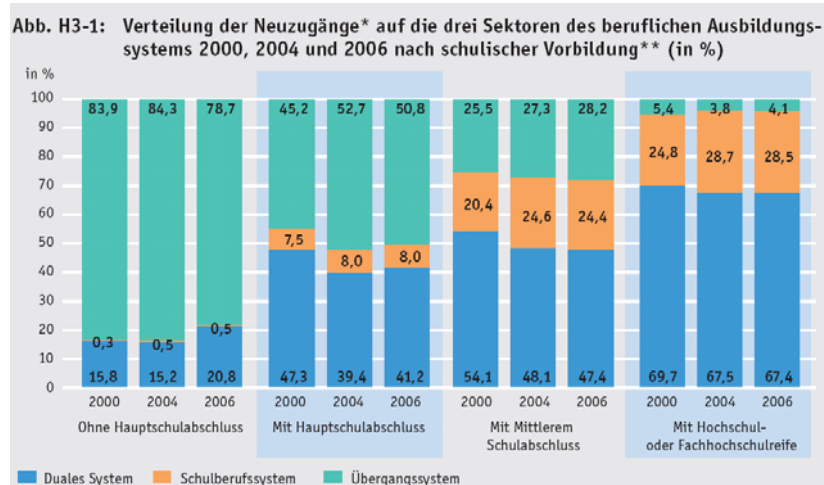
## **2. Zur Lebenslage Übergang**

Die Lebenslage Übergang kann ich an dieser Stelle nur allgemein und mit Blick auf die sogenannten benachteiligten Jugendlichen skizzieren:

### **Die äußeren Umstände betreffend:**

Es gibt eine faktische Ausbildungslücke, die laut dem aktuellen Bildungsbericht 2007 „real“ bei 13 % lag. Für 13 von Hundert jungen Menschen, die eine Lehre anfangen wollen, gibt es also rechnerisch keine Stelle, sondern höchstens eine Maßnahme oder einen schulischen Lehrgang, die/der nicht zu einem beruflichen Abschluss führt.

Da betriebliche Lehrstellen also ein knappes Gut sind, wird zumindest für den Einzelnen die Frage wichtig, nach welchen Kriterien sie verteilt werden. Diesbezüglich lässt sich zunächst von einer verschärften Segmentierung der Zugänge sprechen: Jugendliche, die keinen Hauptschulabschluss haben, gehen seit Jahren höchstens zu ca. 20% direkt in eine betriebliche Lehre über, etwa 80% dagegen in eine Maßnahme; ca. 50 % sind dies bei denjenigen mit HS-Abschluss, ein gutes Viertel mit Realschulabschluss. Sie alle gehen in Maßnahmen oder Lehrgänge, in der sie keinen beruflichen Abschluss erhalten können.



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: Bildung in Deutschland 2008. Bielefeld, S. 96/158  
 Als „Übergangssystem“ wird folgender Bereich definiert: Maßnahmen außerschulischer Träger und schulische Bildungsgänge, sofern sie keinen qualifizierenden Berufsabschluss anbieten, sind dem *Übergangssystem* zugeordnet. Hierunter fallen auch teilqualifizierende Angebote, die auf eine anschließende Ausbildung als erstes Jahr angerechnet werden können oder Voraussetzung zur Aufnahme einer vollqualifizierenden Ausbildung sind (vgl. ebd.)

Hinzu kommen jedoch Benachteiligungen aufgrund von sozioökonomischem Status (der Faktor Armut beeinflusst bspw. die Bildungspläne von Jugendlichen durchgehend, auch wenn sie nicht aus „bildungsfernen“ Familien kommen), aufgrund von Geschlecht, Wohnort oder Migrationshintergrund (so sind Jugendliche mit Migrationshintergrund und insbesondere diejenigen mit einem türkischen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gegenüber anderen stark benachteiligt – und zwar unabhängig von ihrer Sprachkompetenz). Es gibt also einerseits eine starke Konkurrenz um die zu wenigen Plätze, aber es gibt andererseits auch Verteilungsregeln, die Ungleichheiten produzieren und Benachteiligungen reproduzieren.

Es sind aber nicht nur Benachteiligungen an den beiden Schwellen (Schule-Ausbildung und Ausbildung-Arbeit) problematisch, sondern die Übergänge sind insgesamt für viele jungen Menschen brüchig geworden. Lehr- und Arbeitsstellen sind kein sicherer Hafen mehr, von dem aus eine Integration in Arbeit und Gesellschaft automatisch gegeben wäre. Abbrüche, Neuanfänge, Zeiten der Arbeitslosigkeit usw. sind inzwischen fester Bestandteil vieler Berufsverläufe – unabhängig von der Schulfrage sind sie einfach empirische Realität, auf die sich junge Menschen heute einzustellen haben.

All diese Probleme rufen natürlich einen erheblichen Orientierungsbedarf hervor, weil ständig Pläne geändert, verworfen, neue entworfen werden müssen. Aber gleichzeitig fehlen Orientierungsmuster und eine Normalität im Übergang, die klare Anforderungen an klare Zukunftsaussichten knüpfen würde. Stattdessen wird es immer fraglicher, ob und wie sich gerade für benachteiligte Jugendliche „Leistung lohnt“, auf welchem Weg man nun in Arbeit kommt und wie „nachhaltig“ diese einem dann einen Lebensunterhalt sichert. Spätestens hier muss auch die grassierende Jugendarmut angeführt werden, für die nicht zuletzt auch die Gesetzeslage verantwortlich ist.

Dies sind – groß skizziert – die äußeren Umstände, d.h. die Realität, die wir benachteiligten Jugendlichen in Bezug auf einen Übergang in Erwerbsarbeit anzubieten haben. Und von hier aus stellt sich die Frage, was man in einer solchen Lage tut.

### Lebensführung und Bewältigungsformen betreffend:

Natürlich gehen auch die Formen, mit solchen Situationen umzugehen, in sehr verschiedene Richtungen, zumal die Gruppe der benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen alles andere als homogen ist und überhaupt strittig ist, wer hier nun eigentlich dazuzählt. Aber es lassen sich doch verschiedene Muster ausmachen.

So begegnet uns in der Praxis immer wieder der Rückzug, der Niedergang aller Motivation (zumindest bezogen auf weitere Qualifizierungs- und Vermittlungsbemühungen), die Lethargie. Man lässt die Zukunft einfach auf sich zukommen, ohne dass damit eigene Handlungs- und Gestaltungsoptionen überhaupt möglich erscheinen. Hier gehört auch das bekannte „cooling out“ durch (erfolglos) durchlaufene Maßnahmen hin, das in immer geringeren Wünschen und Vorstellungen mündet – bis hin zu ganz abstrakten Wünschen wie „Hauptsache Arbeit“ oder der Haltung, eigentlich „wunschlos“ (un)glücklich zu sein, ohnehin nichts tun zu können.

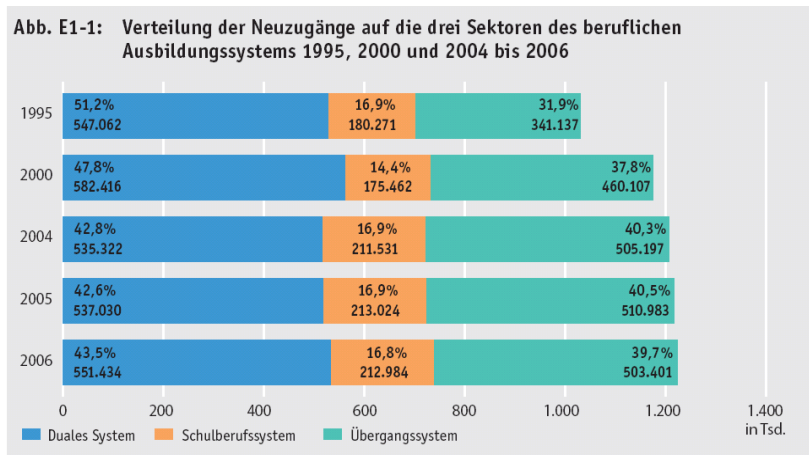
Es gibt natürlich durchaus auch eine Öffnung von Handlungsoptionen, meist eben neben den formellen beruflichen Qualifizierungen. Es wird seit vielen Jahren beobachtet, dass informelle Lernorte bzw. die in informellen Kontexten erworbenen Kompetenzen (durchaus auch das „informelle Kurrikulum in Maßnahmen oder in der Schule“) wichtiger für die Lebensführung und Bewältigung geworden ist. Das bezieht sich gerade auch auf berufliche Optionen, die Frage ist nur, inwieweit man Gelegenheiten hat, solche Kompetenzen zu entwickeln und sie dann in berufliche Kontexte einzubringen. Manche machen aus der Tätigkeit bei einer Schülerzeitung einen Beruf, viel mehr bringen vielleicht einfach soziale Kompetenzen in eine Lehre mit ein, weitere erhalten über informelle Netzwerke Zugang zu Ausbildung oder Arbeitsstellen, andere bleiben aber in der Informalität und gehen dort „Quasi-Berufen“ nach – in weiteren Maßnahmen, Minijobs, in sozialen Refugien, bei der Schwarzarbeit.

In diesem Zusammenhang ist auch entscheidend, dass Übergänge in Arbeit eben nicht mehr ohne weiteres institutionell vorgegebenen, sozusagen systemisch entworfenen Wegen folgen. Weil diese Wege oft brüchig sind, verlaufen Übergänge heute individualisierter bzw. biographisierter. Es ist heute viel stärker eine biographische Linie, die sich durch diese Übergangswege hindurchzieht, es hängt in viel höherem Maße von den Bewältigungsstrategien der jungen Menschen ab, wie sie einen Platz in der Arbeitswelt finden.

### **Anerkennung und Akzeptanz der Lebensführung und Bewältigungsformen:**

Allerdings wird gerade dieses informell erworbene Wissen in seiner eigenen Logik wenig anerkannt. In den Arbeitsagenturen kommen standardisierte Maßnahmekataloge zur Anwendung, aber die Organisationsarbeit in einem Jugendclub, das Engagement in Vereinen, Ökoinitiativen bis hin zu ganz informellen Interessen wird weder anerkannt noch unterstützt, sondern in der Regel bekämpft. Was nicht als Fördermaßnahme gelistet ist, was möglicherweise längerfristige Entwicklungen statt kurzfristige Vermittlung verspricht, dient nicht den Zielen von Fördern und Fordern.

Gleichzeitig werden eine Vielzahl von Maßnahmen, Projekten, Beratungen usw. finanziert, die sich inzwischen zu dem so genannten Übergangssystem ausgeweitet haben. Dies ist für inzwischen etwa 40 % aller Schulabgänger eines Jahrgangs zur ersten Übergangsstation geworden, weil die Alternativen fehlen bzw. weil sie einfach nicht als Alternativen anerkannt sind. Dieses Übergangssystem ist also längst Normalität geworden; trotzdem ist es nicht als „vollwertig“ anerkannt, ist es oft als „letzte Möglichkeit“ stigmatisiert. Jugendliche in Maßnahmen sind bis heute häufig als „Problemfall“ angesehen, die es nicht zu einer „richtigen“ Ausbildung geschafft haben; sie werden vom Job-Center vermittelt, sie haben eingeschränkte Wahlmöglichkeiten, sie dürfen nicht ablehnen, auch wenn ihnen eine Maßnahme nicht in die biographische Planung passt.



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: Bildung in Deutschland 2008. Bielefeld, S. 158

Auf diese Art wird viel Druck erzeugt; die mangelnde Akzeptanz der Bewältigungsformen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen beim Übergang in Arbeit durch die formellen Instanzen bestimmt heute die Problemseite der Lebenslage Übergang ganz wesentlich. Das heißt nicht, dass jedes Projekt und jede Beratung, die dem Übergangssystem zuzurechnen ist, sich durch einen Mangel an Anerkennung der jugendlichen Bewältigungsformen auszeichnen würde. Im Gegenteil helfen viele der bestehenden Angebote in vielen Fällen durchaus weiter und bieten Unterstützung. Allerdings können sie das eher nicht systematisch, sondern mehr zufällig bewerkstelligen, und oft nur aus dem Engagement der MitarbeiterInnen in den Angeboten, die oft dabei in Konflikte mit den institutionellen Logiken im Übergangssystem – falls man davon überhaupt sprechen kann – geraten. Woran es uns fehlt ist vor allem ein transparentes und in sich stimmiges System, das im Zusammenspiel der vielen verschiedenen Projekte diese Anerkennung und Akzeptanz systematisch ermöglichen würde und von hier ausgehend fachlich fundierte Lösungen in den Vordergrund stellen könnte. Diese Frage versucht die Perspektive des Übergangsmagements zu bearbeiten.

### 3. Zum Übergangsmangement

Seit den 1990er Jahren wurden durch massive Förderungen, zunächst stärker in Ostdeutschland, mehr und mehr jedoch auch in den alten Ländern, Qualifizierungs-, Bildungs-, Beratungs- und Beschäftigungsmaßnahmen ausgebaut, die die Probleme beim Übergang von der Schule in Ausbildung, später dann (bes. durch den Ausbau schulischer Ausbildungsgänge und außerbetrieblicher Ausbildungen) den Übergang in Erwerbsarbeit abfangen, wenn nicht sogar lösen sollten. Dies ist diesem „Übergangssystem“ nie gelungen. Es ist vielmehr zu einem „normalen“ und stetig wachsendem Sektor in der Bildungslandschaft geworden, ohne dass es als solches wirklich anerkannt wäre. Tatsächlich hat es vor allem die Rückgänge in dem Angebot der betrieblichen Lehrstellen kompensiert, ohne jedoch freilich ein adäquates Qualifizierungsangebot darstellen zu können, weil es immer auf das „Regelsystem“ hin orientiert war, aber nie dieses ersetzen durfte. Herausgekommen ist inzwischen (positiv formuliert) eine Vielfalt an Angeboten zur Unterstützung von jungen Leuten im Übergang in Arbeit. Diese geht jedoch vielfach mit einer Unübersichtlichkeit, mit fehlender Abstimmung der Angebote untereinander, mit undurchsichtigen Förderzielen und oft mit fehlenden „Erfolgsmeldungen“ einher.

Eine Entwicklung der letzten Jahre ist deshalb die Ausrichtung mehrerer Förderprogramme von Bund und Ländern auf Maßnahmen zur Koordinierung des regionalen Angebots an qualifizierenden und beratenden Maßnahmen. In den meisten Fällen handelt es sich hier allerdings wieder um eine fallspezifische Koordination: Man versucht zwar, Anschlüsse und Schnittstellen in den Förderungen und Angeboten für die einzelnen Adressaten zu „managen“, aber nicht, eine Angebotsstruktur im Sinne eines Systems zu gestalten. Da diese Projekte in den meisten Fällen wiederum aus verschiedenen Programmen und Fördergebern finanziert wurden und oft von Trägern mit Eigeninteressen in den Regionen durchgeführt werden, handelt es sich dabei außerdem in der Mehrheit um Koordinierungen

auf einem bestimmten Gebiet, so etwa für die Klientel der Kompetenzagenturen, um berufliche Orientierung an Schulen, die Koordination von Maßnahmen aus SGB VIII o.ä. Daher ist es keine Seltenheit, in Regionen mehrere Instanzen anzutreffen, die einen Anspruch auf koordinierende Tätigkeiten in der Region erheben. Inwieweit diese Aktivitäten untereinander verzahnt und abgestimmt sind, hängt von mehreren Faktoren ab, so etwa der Lokalen Politik und Verwaltung, der Zusammenarbeit unter Akteuren und Trägern oder die Flexibilität, die verschiedene Finanzierungsprogramme geben oder nicht.

In der Praxis, in den entsprechenden (eher praxisnahen) Diskussionen wie auch in der Ausrichtung einiger Förderprogramme ist deshalb in den letzten Jahren eine Perspektive aufgekommen, die auf Transparenz, auf mehr Koordination und auf mehr Struktur und Übersichtlichkeit über die Vielfalt an Unterstützungsangeboten abzielt. Mehr und mehr setzt sich die Einsicht durch, dass man zuerst an den Übergangsstrukturen arbeiten muss, um dann auf dieser Grundlage individuelle Übergänge unterstützen bzw. ermöglichen zu können. Als Begriff für diese Perspektive hat sich inzwischen das Übergangsmanagement weitgehend etabliert

Übergangsmanagement lässt sich im Großen und Ganzen verstehen als die Gestaltung einer sozialen Infrastruktur zur Unterstützung von Menschen in Übergangssituationen. Es geht also nicht nur um die eine oder andere „Maßnahme“ zur Unterstützung, zur Beratung, Begleitung, beruflichen Orientierung usw. im Übergang, sondern um das Zusammenspiel der vielen Maßnahmen, Projekte und Aktivitäten auch im weiten Sinne. Dieses Zusammenspiel soll jungen Menschen eine in Bezug auf ihre Biographie sinnvolle und konstruktive Unterstützung ermöglichen. Der Bezugsrahmen ist dabei die Region (ohne dass dieser Begriff endgültig geklärt wäre), d.h. dieses Zusammenspiel bzw. die Koordinierung der Angebote soll auf einer regionalen Ebene (oft Kreise und größere Städte) erfolgen. Konsens ist weiterhin mehr oder weniger, dass dies nur über eine breite Beteiligung der Akteure im Feld möglich ist. Es geht also nicht nur um die Kooperation weniger Hauptakteure, etwa Kommune und BA + Schulen, sondern eher um eine Beteiligung in zivilgesellschaftlicher Perspektive. Der Blick in andere europäische Länder (z.B. Dänemark, GB) zeigt, dass hier auch die Jugendlichen zu beteiligten Akteuren werden. Grundlegend ist damit eine Vernetzungsperspektive, die quer zu den „versäulten“ Zuständigkeitsprofilen (z.B. Ämtern, Ministerien usw.) liegt und vielmehr flexibel und thematisch bezogen auf die wechselnden Bedarfe in der Region reagiert.

Es lässt sich derzeit beobachten, dass an das Übergangsmanagement Hoffnungen geknüpft sind, die es kaum erfüllen können wird. Um einer Überschätzung der Reichweite solcher Maßnahmen und die damit verbundene Frustration vorzubauen, sei deshalb erwähnt, dass Übergangsmanagement kaum fehlende Lehr- oder Arbeitsstellen herbeizaubern noch die alten, übersichtlichen Übergänge von der Schule in Ausbildung und dann in dauerhafte Arbeit – und dies alles direkt und ohne „Umwege“ – wieder herstellen kann. Die Perspektive des Übergangsmanagements akzeptiert vielmehr grundlegend einen Bedarf an Unterstützung, an „Umwegen“, an Projekten zur Orientierung im Übergang bis hin zu breiten Kommunikationsprozessen zwischen verschiedenen Akteuren in einer Region, die eher lösungsorientiert statt voller Vorwürfe (gegen Schulen, gegen Betriebe, gegen Jugendliche, Eltern usw.) geführt werden. Es geht darum, die Unterstützungsangebote aufeinander abzustimmen, zu bündeln und zu strukturieren, den Bedarf an neuen Angeboten und Unterstützungsformen aufzuzeigen, Orientierung im „Dschungel“ zu verschaffen und Akteure untereinander und BürgerInnen näher zusammenzubringen. Im Programm der „Lernenden Regionen“ des BMBF wurde hierzu ein Rahmenmodell entwickelt, dass den Regionen weitgehend die Aufgabe der Gestaltung einer regionalen Angebotslandschaft zuschreibt und diese im Sinne eines Handlungsleitfadens rahmen soll. Grundsätzliche Elemente sind dabei die Erhebung des Bedarfs, an dem sich die Angebote orientieren müssen; die Erhebung des Bestandes an Angeboten, die bereits in der Region vorhanden sind; eine kommunikative Verankerung in der Region, eine Institutionalisierung im Sinne der Formgebung eines Übergangsmanagements (wer koordiniert, wer ist alles beteiligt, in welchen Gremien kommt man zusammen, wer beschließt usw.) sowie eine reflexive Qualitätssicherung.

*Bei weiterem Interesse kann man hierzu in einer BMBF-Veröffentlichung zum Übergangsmanagement nachlesen, die im August/September dieses Jahres erscheinen soll, bzw. Handreichungen unter <http://www.uebergangsmanagement.info/> herunterladen. Zu erwähnen sind insbesondere auch die Aktivitäten und Erklärungen der „Weinheimer Initiative“, auf deren Jahrestagungen inzwischen viele Praktiker, Politiker und Theoretiker zusammenkommen, um über die Perspektive des Lokalen Übergangsmanagements zu diskutieren. Eine gute Arbeitshilfe zur Positionierung freier Träger im Kontext des Lokalen Übergangsmanagements, die diese Konzeption aufnimmt, ist aktuell von der AWO erschienen (<http://www.awo.org/standpunkte-und-positionen/jugendberufshilfe/zwischen-schule-und-arbeitswelt.html>).*

**Kontakt:**

Dr. Andreas Oehme  
Universität Hildesheim / Institut für Sozial- und Organisationspädagogik  
Marienburger Platz 22  
D-31141 Hildesheim  
[andreas.oehme@uni-hildesheim.de](mailto:andreas.oehme@uni-hildesheim.de)